

Folgen des Mauerfalls

Entstand tatsächlich ein geeintes Deutschland?



Quelle: <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/dokument-einigungsvertrag.html> [13.12.2019]

Das Originaldokument befindet sich in der Dauerausstellung im Haus der Geschichte in Bonn und wurde als Foto auf der Website „20 Lemo Jahre“ veröffentlicht.

Exposé

In diesem Auszug aus dem Vertrag der BRD und der DDR vom 3. Oktober 1990 wird die Wiedervereinigung des bis dato geteilten Deutschlands festgehalten. Darin heißt es, man wolle „die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit“ (Quelle: siehe oben) vollenden. Im Folgenden möchte ich nun die Folgen des Mauerfalls und der Wiedervereinigung untersuchen und anschließend Umsetzung dieses Vorsatzes beurteilen.

Dazu werde ich zum einen Statistiken auswerten, welche mögliche aktuelle Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland abbilden und zum anderen ein Interview führen. Abgesehen davon werde ich Bezug auf Faktenwissen zur Geschichte Deutschlands nehmen. Die Statistiken halte ich als Quelle für sehr sinnvoll, da sie sowohl Meinungen abbilden als auch Fakten darstellen können. Das Interview bietet mir hingegen die Möglichkeit, eine konkrete Ansicht genauer zu betrachten und dabei auch etwas über die Gründe für die Einschätzung zu erfahren.

Das Interview möchte ich mit meiner großen Schwester, Frau Günther führen. Frau Günther zog nach dem Abitur nach Sachsen und arbeitet nun als selbstständige Sozialarbeiterin in Sachsen, aber auch in Nordrhein-Westfalen. Dabei betreut sie unter anderem Jugendliche im Alter von 16 bis 27 Jahren.

Vor allem durch ihren Wohnort, aber auch durch ihre Arbeit und ihr Interesse an Politik und Geschichte halte ich sie für sehr geeignet, dieses Interview mit mir zu führen.

Frau Günther hat während ihrer Seminare viel Kontakt zu jungen Menschen aus ganz Deutschland und damit sowohl aus den alten als auch aus den neuen Bundesländern. Zudem verbringt sie mit diesen Jugendlichen viel Zeit und lernt sie und ihre Ansichten dabei besser kennen, so zum Beispiel, inwieweit die ehemalige Teilung Deutschlands für sie noch präsent ist oder Einfluss auf ihren Alltag nehmen.

In Bezug auf meine Fragestellung möchte ich vor allem die langfristigen Folgen der deutschen Teilung und der Wiedervereinigung betrachten und so deren Auswirkungen bewerten. Ich interessiere mich dafür, ob Deutschland wirklich als einheitlich angesehen werden kann und wenn nicht, was das für die Gesellschaft, aber auch für die Politik bedeutet. Dabei möchte ich auch Bezug auf politische Strömungen nehmen, welche vermehrt in den neuen Bundesländern auftreten, wie zum Beispiel der wachsende politische Erfolg der AfD.

Interview

Frau Günter, Sie sind nach dem Abitur zum Studieren erst nach Leipzig, später nach Halle gezogen. Was waren Gründe dafür? Denken Sie, der Osten ist eher attraktiv oder unattraktiv für junge Menschen?

Meine Entscheidung zum Studieren nach Leipzig zu ziehen hatte auch einfach persönliche Gründe und es war eine der ersten Universitäten, die mir zugesagt haben. Allerdings war schon damals im Jahr 2013 das Gerücht, dass Leipzig das neue Berlin ist und eine angesagte, hippe Großstadt sein soll [, bekannt]. Und ich hatte gehört, dass dort die Mieten ziemlich günstig sein sollen. Und das ist natürlich auch etwas, was damit zu tun hat, dass Leipzig sich in den neuen Bundesländern befindet. Dort liegt der Mietspiegel auch in größeren, beliebteren Städten wie Leipzig immer noch unter dem bundesdeutschen Durchschnitt.

Und ich glaube, was den Osten oder ostdeutsche Städte insofern attraktiv macht für junge Menschen, ist dass es dort noch viel Platz gibt. Es gibt ziemlich viel Leerstand, auch in großen Städten. Die Miete ist wie gesagt günstig. Es gibt viel Raum für Ateliers oder Clubs oder Cafés, die man neu eröffnen kann, für Geschäfte. Und auch so ein bisschen der runtergerockte Charme von Leipzig oder Berlin zieht viele Leute an, also dass eben nicht alles schick saniert ist, sondern dass es auch Wände mit Graffitis gibt und verfallene Gebäude, in denen man Ausstellungen machen kann oder so. Das macht Großstädte im Osten im Moment attraktiv. Man muss allerdings auch bedenken, dass das wirklich nur für die großen Städte wie Leipzig oder Dresden und überhaupt nicht für irgendwelche kleineren Städte wie Gera oder Bitterfeld gilt, die haben von diesem Hype überhaupt nichts zu spüren bekommen.

Was waren Ihre Erwartungen an Sachsen beziehungsweise an Sachsen-Anhalt? Wurden diese erfüllt? Gab es etwas, das Sie überrascht hat?

Ich wusste eigentlich sehr wenig über Sachsen und Sachsen-Anhalt, bevor ich dorthin gezogen bin. Ich wusste, dass es im Osten ist, dass manche Menschen dort sächsisch sprechen, was ich nur von wenigen Lehrerinnen und Lehrern aus der Schule kannte und ich hatte natürlich gehört, dass es da viel mehr Nazis geben soll. In Dresden war ich schon ein paar Mal gewesen zu den Protesten gegen die Nazi-Aufmärsche, die es da jedes Jahr gab, aber ansonsten wusste ich eigentlich nichts über den Osten. Und dieses Vorurteil mit den Nazis hat sich natürlich leider auch bewahrheitet, zum Glück nicht in

den großen Städten wie Leipzig oder Dresden. Dort merkt man es im Alltag nicht so sehr, aber im Umland zum Beispiel von Leipzig in den kleineren Dörfern, dort ist das stark zu spüren und das hat mich vielleicht nicht unbedingt überrascht, aber doch irgendwie bestürzt, dass es da noch sehr viel Faschismus in den Dörfern gibt und sehr viele Leute rechte Parteien wählen.

Was mich sehr überrascht hat war, dass ich viele Menschen kennengelernt habe, für die das mit der DDR und der Wiedervereinigung noch total ein Thema war und die aus meiner Sicht dann quasi noch so eine Mauer im Kopf hatten. Und für mich war das sonst eigentlich kein Thema gewesen, nur etwas, was ich aus der Schule kannte, was ich über die Vergangenheit von Deutschland aus dem Geschichtsunterricht wusste, aber eigentlich nichts, was mein alltägliches Leben irgendwie beeinflusst hat.

Und dann habe ich Menschen kennengelernt, für die hat das eine große Rolle gespielt, ob Leute aus Ost- oder Westdeutschland kamen, auch im Jahr 2013, 2014 oder 2015 noch. Ich kann mich zum Beispiel erinnern, dass ich mal eine Mitbewohnerin in einer WG hatte, die dann behauptet hat, ich würde das Bad nicht richtig putzen, weil ich im Westen aufgewachsen bin. Und das waren dann Dinge, die mich sehr überrascht haben, dass dieses Ost-/West-Ding für Menschen im Osten in meinem Alter immer noch eine große Rolle zu spielen scheint.

Wie schätzen Sie die Menschen aus den neuen Bundesländern allgemein ein? Gibt es Unterschiede zu denen aus den alten Bundesländern?

Also ich glaube bis auf das, was ich eben erwähnt habe, kann man das eigentlich so gar nicht mehr sagen. Die Menschen aus dem Osten sind nicht freundlicher oder unfreundlicher oder intelligenter oder dümmer oder in irgendeiner Weise anders als Menschen in Westdeutschland. Das würde ja insofern auch gar keinen Sinn machen, da das immer nur Linien sind, die wir Menschen irgendwann ziehen und sagen da hört jetzt das eine Land auf und da fängt das andere Land an. Aber eigentlich gibt es zwischen den Menschen gar nicht so große Unterschiede.

Aber das, was ich eben erwähnt habe, ist natürlich ein Unterschied, den man irgendwo sehen muss. Dass die Entwicklung, die quasi vor 40 Jahren ihr abruptes Ende fand, davor in der ehemaligen DDR und der BRD aber sehr unterschiedlich verlief. Und insofern lässt sich dann auch erklären, warum das eben zum Beispiel aus meiner Sicht für Menschen,

die in Ostdeutschland aufgewachsen sind, noch eine größere Rolle spielt und für die Menschen, die in Westdeutschland aufgewachsen sind, keine so große Rolle spielt.

Statistiken zeigen, dass die Menschen aus der ehemaligen DDR sich gegenüber Westdeutschen benachteiligt fühlen.¹ Wieso ist das so und warum ziehen die Menschen nicht um?

Ich glaube, was man nicht vergessen darf ist, dass die Wiedervereinigung, die sich sehr viele Menschen in Deutschland gewünscht haben, sowohl in der BRD als auch in der DDR, für die meisten Westdeutschen eigentlich gar keine große Veränderung gebracht hat, außer, dass sie jetzt mit dem Auto nach Ostdeutschland und Ostberlin hinfahren durften.

Aber für die Menschen in Ostdeutschland in der ehemaligen DDR bedeutete diese Wiedervereinigung oder die sogenannte Wende eine allumfassende und sehr plötzliche Veränderung in allen Lebensbereichen: In ihrer Arbeitswelt, in allen Ämtern, in allen Behörden, im Bildungssystem, im alltäglichen Zusammenleben, alles hat sich von einem Tag auf den anderen drastisch geändert. Und das haben nicht alle Menschen gut überstanden und dabei sind seitens der Politik auch viele Fehler gemacht worden. Und vielen Menschen ist es schwergefallen, sich so plötzlich umzustellen und sich an ein ganz neues System zu gewöhnen, mit ganz neuen Werten, ganz neuen Vorgehensweisen und ganz neuen Konzepten.

Die Umstellung der Wirtschaft hatte zur Folge, dass sehr viele Leute ihren Job verloren haben und diese plötzliche hohe Arbeitslosigkeit wiederum hatte zur Folge, dass viele Familienbeziehungen zerrüttet wurden und dass sehr viele Menschen Probleme in der Familie bekommen haben. Viele Menschen haben auch in Folge dessen Probleme mit Drogen bekommen, mit erhöhtem Alkoholkonsum oder ähnlichem und das zieht alles immer weiter seine Rattenschwänze hinter sich her.

Die plötzlichen, umfassenden Veränderung, die die Menschen in Ostdeutschland erlebt haben, können bis heute unter anderem negative soziale und psycho-emotionale Auswirkungen haben. Und ich glaube das ist ein Grund, warum man auch heute noch hört, dass sich ostdeutsche Menschen benachteiligt fühlen, weil sie auch tatsächlich so einen Nachteil hatten durch diese plötzliche Umstellung.

Nun kann man ja argumentieren, dass das ja alles schon lange her ist und dass sich das

¹ <https://www.tagesschau.de/inland/landtagswahlen-161.html> [zuletzt: 17.01.2020]

alles längst geändert haben sollte, aber wenn man sich Statistiken anschaut, dann sind die Lohnunterschiede zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland immer noch deutlich merkbar. Und auch die Infrastruktur ist zum Teil sogar in Ostdeutschland noch nicht so gut ausgebaut oder trägt noch immer Züge des heruntergewirtschafteten DDR-Systems in sich.

Und zu der Frage, warum die Leute nicht einfach umziehen: Einerseits sind viele Leute umgezogen, sowohl zu Beginn der DDR als auch nach dem Fall der Mauer haben sehr viele Menschen Ostdeutschland verlassen. Das ist auch ein Grund, warum es so viel Leerstand gibt in Ostdeutschland. Aber viele Menschen können sich eben überhaupt nicht vorstellen, ihre Heimat zu verlassen und ich glaube das geht Westdeutschen eigentlich genauso, dass sie dort, wo sie aufgewachsen sind, wo sie möglicherweise seit Generationen leben, dass sie dort nicht einfach weggehen wollen, weil man sich dort eben an alles gewöhnt hat, an die Sprache, an die Nachbarn, an Familie und Freunde, die dort leben. Und deswegen können sich viele Menschen gar nicht vorstellen, plötzlich alles hinter sich zu lassen und irgendwo anders, wo sie niemanden kennen, ganz neu anzufangen.

Sie haben davon gesprochen, dass bei der Wiedervereinigung Fehler begangen wurden. Finden Sie, man sollte dort jetzt noch mal nachbessern, vielleicht schauen, ob man die beiden Teile Deutschlands rückwirkend besser miteinander vereinen kann?

Das ist eine interessante Fragestellung. Ich weiß nicht, ob das heute noch möglich ist. Aber ich kenne viele Menschen, die sagen: Eigentlich war es keine Wiedervereinigung, was sich ja anhört wie die Summe aus zwei Teilen, sondern eine Angleichung oder ein Hinzunehmen. Man hat die DDR aufgelöst und abgelöst und gesagt: So das gehört jetzt auch zu der BRD. Und was man vielleicht hätte machen können an diesem Punkt, wäre gewesen zu sagen: Wir haben hier zwei vollkommen unterschiedliche Systeme, die beide ihre Vor- und Nachteile haben und wir nehmen jetzt aus beiden Systemen das Beste und basteln daraus ein neues Deutschland. Aber da stellt sich natürlich auch wieder die Frage, was ist denn das Beste? Was ist das Gute an einem System und was sind die Vor- und Nachteile? Aber das hätte zumindest glaube ich diese Umwälzung im Osten weniger drastisch gemacht.

Außerdem erklärt diese einseitige Wiedervereinigung vielleicht auch, warum Menschen auch heutzutage noch sagen: Es war ja nicht alles schlecht damals, womit dann gemeint

ist, dass manche Probleme des Sozialstaats, die die BRD heute hat, im Osten gar nicht aufgetreten sind, weil irgendwas ganz anders geregelt war. Zum Beispiel war es Frauen viel eher möglich, einen Job zu ergreifen, weil eben für alle Kinder ein Kitaplatz da war. Und das hat sich in Westdeutschland erst sehr viel später durchgesetzt und bereitet auch immer noch administrative Probleme. Und das ist so ein Beispiel für eine Kleinigkeit, die tatsächlich im Osten trotz des diktatorischen Systems und der heruntergewirtschafteten Lage irgendwie besser lief und besser organisiert war. Und vielleicht wäre es gut gewesen auch diesen ganzen Dinge Beachtung zu schenken und sie mitzunehmen in das wiedervereinigte Deutschland.

Wenn man jetzt an diesen Dingen nacharbeiten würde, beispielsweise bezogen auf die Kitaplätze und sich dem angesprochenen Niveau der damaligen Zeit rückwirkend wieder annähern würde, könnte man dann die Stimmung vor allem im Osten Deutschlands wieder heben?

Das ist schwierig zu sagen. Ich glaube, das kommt darauf an, über was wir sprechen. Ob wir über Kitaplätze sprechen, oder über Arbeitsmarktpolitik oder Einwanderungspolitik oder dieses oder jenes. Denn es ist gar nicht so einfach, auch gute Ideen von früher zu übernehmen, weil sich die politische Landschaft und auch die Ausgangslage vollkommen verändert haben. Und an sich möchte ja der Bund zum Beispiel, wenn wir über Kitaplätze sprechen, dass es für alle Kinder einen Kindertagesplatz gibt. Aber es sind gar nicht so viele Kindergärtnerinnen und Kindergärtner da, es sind gar nicht so viele Gebäude da, das muss alles erst hergerichtet werden und das scheint gar nicht so schnell zu gehen oder der politische Wille ist nicht da je nachdem. Also die gute Idee an sich ist vielleicht irgendwie inzwischen durchgesickert und trotzdem kann man das nicht so schnell umsetzen.

Und es bleibt die Frage, ob es diese grundsätzliche Unzufriedenheit im Osten tatsächlich anheben könnte. Also was viele Menschen im Osten jetzt auch im Zuge der Pegida-Demonstration beklagt haben, sind tatsächlich Probleme im Sozialstaat wie niedrige Renten oder fehlende Kitaplätze oder Pflegenotstand. Aber das zu beheben ist glaube ich komplexer als es sich viele Menschen vorstellen und es ist fraglich, ob sich dann auch die Stimmung in den jeweiligen Bundesländern ändern würde, wenn man sich jetzt irgendwelche Reformen im Gesundheitssystem für ganz Deutschland ausdenkt.

Frau Günther, bitte erzählen Sie uns etwas über ihre Arbeit als Freiberufler.

Ich bin freiberuflich selbstständig tätig als Sozialarbeiterin oder Sozialpädagogin und das, was ich im Moment vor allen Dingen tue ist, dass ich Begleitseminare gestalte für Menschen, die einen Bundesfreiwilligendienst machen oder ein Freiwilliges Soziales Jahr leisten. Also ich begleite mit meinen Seminaren diese jungen Menschen bei ihrer freiwilligen Arbeit. Und das mache ich über eine Organisation, die heißt IJGD (Internationale Jugendgemeinschaftsdienste) und die Seminare, die ich gebe, mache ich sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Brandenburg. Das heißt, ich habe sowohl in einem alten als auch in einem neuen Bundesland mit jungen Menschen zu tun und habe mit diesen jungen Menschen das ganze Jahr über vier oder fünf mal fünf Tage lang Seminar.

Sie haben dort Kontakt zu vielen jungen Menschen aus ganz Deutschland. Ist die ehemalige Teilung Deutschlands für sie noch präsent?

Auf meinen Seminaren mit den Freiwilligen ist das eigentlich so gut wie nie ein Thema und ich kann da auch keine großen Unterschiede erkennen zwischen den jungen Menschen aus Brandenburg und denen aus Nordrhein-Westfalen.

Was man aber bei näherer Betrachtung vielleicht feststellt, ist dass die Menschen zum Teil aus unterschiedlichen Umgebungen kommen oder in unterschiedlichen Umgebungen aufgewachsen sind. Gerade wenn wir uns Brandenburg und Nordrhein-Westfalen angucken, dann ist auffällig, dass es in Brandenburg wenig große Städte gibt mit der Ausnahme von Berlin und Potsdam und dass es viel ländlichen Bereich gibt mit vielen kleinen Städten, die wiederum infrastrukturell schlecht angebunden sind. Und in Nordrhein-Westfalen gibt es im Gegensatz dazu sehr viele, sehr große Städte, die nah bei einander liegen.

Das heißt in Nordrhein-Westfalen habe ich viele Freiwillige, die das städtische Leben kennen und in Städten oder in der Nähe von Städten aufgewachsen sind. Und in Brandenburg habe ich mehr zu tun mit Menschen, die im ländlichen Bereich aufgewachsen sind.

Ansonsten unterscheiden sich die jungen Menschen eigentlich nicht. Sie haben alle ähnliche Fragestellungen in dem Lebensabschnitt, in dem sie sich gerade befinden. Das sind vor allem die weitere Lebensplanung, was sie mal arbeiten wollen, wo sie studieren

können und was sie aus ihrem Leben machen wollen. Das beschäftigt diese jungen Menschen sehr, egal ob aus Brandenburg oder aus Nordrhein-Westfalen.

Jetzt haben sie ja schon einige Unterschiede zwischen den Regionen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg angesprochen. Gibt es denn auch Unterschiede in Bezug auf die Seminare, wie sie sie planen können? Also zum Beispiel bezogen auf die Gegebenheiten und Möglichkeiten?

Da sehe ich eigentlich keine großen Unterschiede. Meine Seminare finden meistens, und das gilt sowohl für Brandenburg als auch für Nordrhein-Westfalen, nicht in großen Städten statt, sondern in Seminarhäusern, die eher im ländlichen Bereich liegen, sodass man ein bisschen seine Ruhe hat und zum Leidtragen der Jugendlichen auch schlechtes Internet. Und dort verbringen wir dann die fünf Tage am Stück und versorgen uns selbst. Das heißt ich koche auch zusammen mit den Freiwilligen und dazwischen gibt es Bildungseinheiten, wo ich mit den Freiwilligen über ihre Arbeit im FSJ spreche, wo sie Erfahrungen austauschen, aber auch über Probleme reden können. Und daneben behandeln wir allgemeine Themen der politischen Bildung, wie zum Beispiel Klimawandel und Umweltschutz oder Gleichberechtigung und solche Dinge.

Bitte erzählen sie etwas über die politische Lage in den neuen Bundesländern.

Also wir haben in den neuen Bundesländern ja das Phänomen, dass bei den Bundestagswahlen 2017 wie auch bei den Landtagswahlen in den letzten Legislaturen die AfD als neue und deutlich rechts anzusiedelnde Partei sehr viele Stimmen geholt hat. Und das ist ein Phänomen bei dem haben sich viele Leute gefragt: Woran liegt es denn, dass eine rechtsextreme oder rechtsradikale Partei in der ehemaligen DDR sehr viel höhere Prozente bekommt als in den anderen Bundesländern. Also plakativ ausgedrückt, woran liegt es, dass mehr Menschen in Ostdeutschland als in Westdeutschland faschistischen Ideen zugeneigt sind oder rassistischen Ideologien folgen oder Nazis wählen?

Gibt es Zusammenhänge zwischen dem politischen Erfolg der AfD und der ehemaligen Teilung Deutschlands?

Das ist eine sehr schwierige und komplexe Frage, denn so ein Zusammenhang lässt sich weder beweisen noch verleugnen. Ich denke, es spielt auf jeden Fall eine Rolle, dass wir in den neuen Bundesländern natürlich in den letzten Jahrzehnten einen ganz anderen Strukturwandel hatten als in den alten Bundesländern. Dort hat sich vor allem in der

Zeit kurz nach der Wende alles Mögliche in allen möglichen Bereichen drastisch geändert. Die Wirtschaft hat sich geändert, Unternehmen wurden geschlossen oder neu gegründet, Infrastruktur wurde ausgebaut oder zurückgebaut. Es gab sehr große gesellschaftliche Umbrüche, Menschen sind weggezogen oder dazu gezogen und hatten ganz neue Möglichkeiten.

Auch kulturell ist natürlich viel passiert und hat sich geändert, weil entsprechende Vorlagen oder Beschränkungen der DDR nicht mehr da waren. Und diese Entwicklung hat, wie ich vorhin schon angedeutet habe, natürlich auch ihre Nachteile gehabt und hat für viele Leute auch negative Auswirkungen gehabt. Und sehr viele Menschen haben unter diesem Umbruch gelitten und zum Beispiel in Folge dessen ihre Arbeit verloren oder sich generell nicht mehr zurechtgefunden.

Und das ist ein Punkt, der erklären könnte, warum die AfD im Osten mehr Anhängerinnen und Anhänger hat. Und das wiederum führt zu politikwissenschaftlichen Theorien, die sagen, und das lässt sich historisch an anderen Ereignissen, an anderen Ländern auch belegen, wenn es eine wirtschaftliche Krise gibt oder eine große Rezession in einem Land, dann erstarken faschistische Parteien oder dann greifen solche Ideologien wieder verstärkt um sich. Also da ist auf jeden Fall ein Zusammenhang zu sehen. Und das lässt sich nur insofern erklären, dass Menschen in Krisenzeiten sich zum Beispiel autoritäre Führungskräfte suchen oder das faschistische oder rassistische Parteien schnell auch Sündenböcke auswählen und für komplexe Problemlagen schnell versuchen Schuldige zu benennen.

Und dem können sich sehr viele Menschen dann anschließen, weil es für ihre Probleme dann die sogenannten einfachen Lösungen zu geben scheint.

In Sachsen erhielt die AfD bei der Landtagswahl 2019 27,5% der Stimmen.²

Wie kommt es, dass gerade der Osten eine fremdenfeindliche Partei wie die AfD wählt, obwohl dessen Ausländeranteil am geringsten ist? In Westdeutschland beträgt dieser 11,8%, in Ostdeutschland hingegen nur 3,8%.³

Das ist auf der einen Seite interessant, dass kurz gesagt Menschen im Osten feindlicher gegenüber Ausländerinnen und Ausländern sind, obwohl es da weniger gibt. Aber gleichzeitig könnte es auch genau die Erklärung dafür sein. Es gibt Theorien, die

² <https://www.mdr.de/sachsen/politik/wahlen/landtagswahl/index.html> [zuletzt: 17.01.2020]

³ <https://www.laenderdaten.de/europa/deutschland/bundeslaender/auslaenderanteil.aspx> [zuletzt:17.01.2022]

besagen, dass Menschen, die eben wenig Kontakt zu Zugezogenen [...] haben und [...] andere kulturelle Einflüsse gar nicht mitbekommen, dass gerade diese Menschen eine Abneigung oder eine Angst gegenüber für sie fremden Einflüssen haben. Für sie bedeuten neue Dinge Beunruhigung, weil sie das nicht kennen. Und das würde erklären, warum gerade in Ostdeutschland, wo es weniger Migrantinnen und Migranten gibt, die Fremdenfeindlichkeit höher ist, als beispielsweise in großen westdeutschen Städten, wo es seit vielen Jahrzehnten Migrantinnen und Migranten gibt und die Leute deswegen an zum Beispiel den Anblick von Frauen mit Kopftuch auf der Straße viel mehr gewöhnt sind.

Glauben Sie, hier wäre es Aufgabe der Politik, den kulturellen Austausch gerade zwischen Ostdeutschland und Menschen aus dem Nahen Osten zu fördern?

Der Austausch wäre ja von sich aus möglich. Auch die DDR hatte ja sogenannte Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter. Die hatten da zwar ein anderes Wort für, aber das Prinzip war ähnlich wie im Westen, dass Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern angeworben wurden. In Westdeutschland zum Beispiel aus der Türkei. In Ostdeutschland eben aus den sogenannten sozialistischen Bruderstaaten und auch so kamen eigentlich viele Migrantinnen und Migranten in die damalige DDR. Allerdings wurden diese Menschen sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland eher daran gehindert, einen sagen wir mal interkulturellen Austausch zu betreiben. Sie wurden eher separiert von dem Rest der Bevölkerung, hatten spezielle Wohnsiedlungen mit Wohnungen, die ihnen zugewiesen wurden, sodass sie gezwungenermaßen viel mehr unter sich waren und die restlichen Deutschen gar nicht so viel Kontakt hatten zu den Arbeiterinnen und Arbeitern aus den anderen Ländern.

Und diese Separation hat sich zum Glück im Laufe in den letzten Jahrzehnten natürlich nach und nach aufgelöst und die Menschen haben auch in anderen Teilen der Stadt gewohnt, haben Freundschaften geschlossen, geheiratet oder sich sonst wie gesellschaftlich vermischt.

In Ostdeutschland sind jedoch viel weniger Migrantinnen und Migranten geblieben, was natürlich auch damit zusammenhängt, dass die Chancen, in der DDR ein schönes Leben zu beginnen, nicht so groß waren und auch die Regelungen der DDR, was die Rückreise der Gastarbeiter betrifft, viel verschärfter durchgesetzt wurden.

Das ist allerdings nur eine Erklärung, warum es weniger Migrantinnen und Migranten in

Ostdeutschland gibt. Inzwischen gleicht sich das zwar immer mehr an, aber auch jetzt fühlen sich Menschen, die nach Ostdeutschland kommen nicht so wohl und ziehen lieber nach Westdeutschland, wo sie vielleicht schon Verwandte haben.

In Ostdeutschland merkt man in manchen Bereichen den politischen Rechtsruck ganz deutlich und fühlt sich daher zum Beispiel als Mensch mit dunkler Hautfarbe nicht sicher in Dörfern oder Städten, wo viele Rechte wohnen und sich dann auch auf der Straße abfällig gegenüber Menschen äußern, die anders aussehen.

Es gibt viele Migrantinnen und Migranten, die da tatsächlich Verfolgung auf der Straße erleben und dort daher nicht gerne wohnen möchten.

Die Fremdenfeindlichkeit im Osten ist oft mit der Angst vor Wohlstandsverlust verbunden.

Könnte man das auf die Folgen des Mauerfalls zurückführen?

Das ist auf jeden Fall eine mögliche Theorie, die sich aber nur ganz schwer belegen lässt. Also für viele Menschen im Bereich der ehemaligen DDR hat die Wiedervereinigung oder die Wende tatsächlich auch bedeutet an Wohlstand zu gewinnen. Und viele Menschen konnten in Folge dessen gute Geschäfte machen und sind zu Reichtum gekommen. Die ostdeutschen Bundesländer konnten also aufholen zum Wohlstand des Westens und das ist glaube ich etwas, was man 1989 und 1990 noch direkt sehen konnte, weil die Menschen andere Klamotten trugen oder es andere Produkte in den Läden gab. Und heute sieht man da eigentlich keinen Unterschied mehr, weil es überall in Deutschland das gleiche gibt. Und auch der Wohlstand scheint im Grunde genommen angeglichen zu sein. Natürlich wäre es eine Theorie zu sagen: Die Ostdeutschen haben ihren Wohlstand noch nicht so lange und haben deshalb eher Angst, ihn zu verlieren oder kennen eben noch eher Zeiten, wo sie nicht so viel hatten.

Allerdings steht dem gegenüber, dass der Zuzug von Migrantinnen und Migranten und geflüchteten Menschen überhaupt nicht bedeutet, dass irgendwer seinen Wohlstand verliert. Und zusätzlich können wir auch sehen, dass auch durchaus Menschen, die sehr viel Wohlstand haben, trotzdem die AfD wählen, auch wenn sie gar nicht irgendeinen Verlust zu befürchten hätten.

Und auf der anderen Seite natürlich nicht automatisch alle, die im Osten leben und nicht so viel Geld haben, offen sind für rechte Ideologien und vielleicht, obwohl sie in Armut leben, diesen Wohlstandsverlust verbunden mit Fremdenfeindlichkeit gar nicht spüren. Also es ist nur eine Theorie zu sagen, dass Ostdeutsche eher die AfD wählen, weil sie

Angst vor Wohlstandsverlust haben. Und die Problemlage ist glaube ich wesentlich komplexer, aber es gehört auf jeden Fall mit zum Gesamtbild.

Kommentar

Vor der Wiedervereinigung gab es in der BRD und der DDR sehr unterschiedliche politische und wirtschaftliche Systeme. Diese lassen sich auf die gegensätzlichen Interessen der USA und der ehemaligen Sowjetunion zurückführen.

Während man auf der Konferenz von Jalta am Ende des Zweiten Weltkrieges im Februar 1945 noch Geschlossenheit und Stärke gegen den gemeinsamen Feind Deutschland demonstrierte und sich auf einige Rahmenbedingungen zur Besetzung dessen einigte, zeigten sich bereits wenige Monate später im August 1945 auf der Potsdamer Konferenz die unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen der drei Alliierten. Vor allem die Ideologien von den USA und der ehemaligen Sowjetunion erwiesen sich hierbei als sehr gegensätzlich. Die USA planten eine Demokratisierung Deutschlands und die Durchsetzung von Freier Marktwirtschaft und Kapitalismus. Im Gegensatz dazu plante die ehemalige Sowjetunion die Ideologien des Sozialismus beziehungsweise des Kommunismus durchzusetzen und so eine klassenlose Gesellschaft zu errichten. Außerdem befürwortete sie eine Planwirtschaft.

Im weiteren Verlauf der Geschichte entwickelte sich der Kalte Krieg, der ebenfalls maßgeblich zur Teilung Deutschlands und zum Mauerbau beigetragen hat.

Nach mehreren Konfrontationen zwischen den westlichen Besatzungszonen und der sowjetischen Besatzungszone, wie zum Beispiel durch den Marshall-Plan im Mai 1947, die Währungsreform in der Trizone am 20. Juni 1948 oder auch die Berlin-Blockade am 24. Juni 1948, erfolgte im Jahr 1949 schließlich die doppelte Staatsgründung.

Die folgende, unterschiedliche Entwicklung der beiden Teile Deutschlands wird die Situation vor und auch nach dem Mauerfall maßgeblich prägen.

Während in der BRD Konrad Adenauer zum 1. deutschen Bundeskanzler gewählt wird, entsteht in der DDR eine Einparteiendiktatur der SED.

In der BRD verfolgt man eine parlamentarische Demokratie, Föderalismus und Rechtsstaatlichkeit durch Gewaltenteilung und Grundrechte. In der DDR täuscht man demokratische Strukturen durch Scheinwahlen und Blockparteien vor. Die Bürger nahmen durch ihren Stimmzettel keinen Einfluss auf die Volkskammer, da deren

Sitzverteilung im Vorfeld festgelegt wurde. Obwohl es auch andere Parteien außer der SED gab, spricht man von einer Einparteiendiktatur, da alle Parteien abhängig von der SED waren. Ihre einzige Aufgabe bestand darin, auch kritische Bürger für den Sozialismus zu begeistern.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Teile Deutschlands verläuft nach dem 2. Weltkrieg sehr unterschiedlich. In der sowjetischen Besatzungszone erfolgen Verstaatlichungen und eine Bodenreform, die zu Enteignungen führt. Zudem kommt es zu Reparationszahlungen an die Sowjetunion in Form von Demontagen. In der DDR hält man weiter an der Planwirtschaft fest. Dabei liegt besonderer Wert auf dem Ausbau von Volkseigenen Betrieben, welche zentral vom Staat gesteuert werden. Private Unternehmer oder kleine Handels- und Gewerbetreibende werden durch hohe Besteuerungen und bürokratische Mittel massiv vom Staat benachteiligt.

So gelingt es der DDR die Lebensverhältnisse der Bürger zu verbessern, wobei sie jedoch ihr Anrecht auf Privateigentum an den Produktionsmitteln verlieren. Vor allem Einkommensunterschiede innerhalb der DDR werden so geringer.

Trotzdem weist das ostdeutsche Wirtschaftssystem auch erhebliche Nachteile auf. Zum einen zeigt sich dies im Vergleich mit dem Lebensstandard der Bürger in der BRD und zum anderen beispielsweise in Versorgungsengpässen und der Wirtschaftskrise 1952.

An dieser Stelle lässt sich erklären, warum Frau Günther in dem vorangegangenen Interview die wirtschaftliche schlechte Lage der DDR als Grund für das Gefühl der Benachteiligung der Bürger aus den neuen Bundesländern nennt. In der DDR wurde die Situation vor allem nach dem Mauerbau 1961 wirtschaftlich immer schlechter, weil die Planwirtschaft ineffizient war und man sicher immer mehr isolierte und verschuldete. Bei der Wiedervereinigung dann, die für viele DDR-Bürger als Lichtblick angesehen wurde, wurde der wirtschaftliche Situation der DDR und den daraus resultierenden Problemen zu wenig Beachtung geschenkt. Zum Beispiel wurden sehr viele Menschen arbeitslos und ostdeutsche Betriebe wurden geschlossen. Und damit wurden Hoffnungen auf eine bessere Zukunft enttäuscht und Wut geschürt. Denn statt mehr Freiheiten und ein besserer Lebensstandard entstanden oft familiäre Krisen, Überforderung und Identitätsverlust. Regelungen, die es in der DDR gab, galten plötzlich nicht mehr. Dazu gehören zum Beispiel der Anspruch auf ein bezahltes Babyjahr oder auch automatisch einen Krippenplatz für das eigene Kind zu bekommen.

Dies ist denke ich auch eine Ursache für das Bild, nach welchem es 1990 keine Vereinigung der BRD und der DDR war, sondern ein Auflösen und Hinzunehmen der DDR, ohne etwas davon mitzunehmen.

Und das bedauern viele Menschen, denn eine Studie aus dem Jahr 2009 zeigt, dass 49% der aus dem Osten kommenden Befragten finden, dass die DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte.⁴

Ich glaube, das Gefühl der Benachteiligung kommt aber auch davon, dass viele Menschen in der DDR nicht den Beruf erlernen oder ausüben konnten, den sie wollten. Wenn man beispielsweise Jura studieren wollte, musste man Mitglied der SED sein. Und so kam es, dass manche Menschen in der DDR einen Beruf erlernt haben und heute noch ausüben, mit dem sie sich nicht identifizieren können und frustriert darüber sind, dass diese Probleme in der BRD nicht aufgetreten sind. Und diese Traurigkeit über nicht erfüllte Träume verfliegt meiner Meinung nach nie und ist deswegen heute noch spürbar, obwohl es die DDR schon lange nicht mehr gibt.

Und ich könnte mir auch vorstellen, dass dieser Ansatz als mögliche Erklärung für den politischen Rechtsruck in den neuen Bundesländern dient. Die AfD kennzeichnet sich durch die Art einer Protestpartei. Ich denke, dass es Menschen gibt, die das zum Anlass nehmen, endlich mit der Politik „abzurechnen“, die sie für ihr eigenes Schicksal und ihre Probleme verantwortlich machen. Diese Theorie ließe sich auch dadurch stützen, dass bei den Landtagswahlen 2019 in Sachsen 246.000 Wähler, die 2019 die AfD gewählt haben, 2014 Nichtwähler waren⁵ und somit offensichtlich vorher kein Vertrauen in die Politik hatten und sich nicht vertreten gefühlt haben.

Dieses fehlende Vertrauen in die Politik in den neuen Bundesländer könnte auch als langfristige Folge der DDR anzusehen sein. Wie schon erwähnt, hatten die Wahlergebnisse in der DDR keinen Einfluss auf das Parlament. Und somit war die politische Partizipation der Bürger auf die SED beschränkt oder man musste sich sehr bedeckt halten.

Trotzdem gibt es auch viele junge Leute, die die AfD wählen. Ich kann mir vorstellen, dass viele Eltern ihre Skepsis der Politik gegenüber an ihre Kinder weitergeben, denn bekannterweise prägt das Elternhaus einen Menschen in der Regel sehr stark.

⁴ Aus: Buchners Kolleg Geschichte, Hartmann Wunderer, 2.Druck 2018, S. 432

⁵ <https://www.mdr.de/sachsen/politik/wahlen/landtagswahl/index.html> [zuletzt: 20.01.2020]

Abgesehen davon veränderten sich auch die Anforderungen an die Menschen aus den neuen Bundesländern sehr stark. In der DDR waren viele Bereiche des Lebens stark reglementiert und vom Staat vorgegeben, beispielsweise in Sachen Bildung.

Anne-Katrin Scharlach sagt in einem Bericht der Berliner Zeitung im Juli 2017:

„Ich musste nicht etwas kaufen, bloß weil es das gerade gab. [...] Ich konnte es ja jetzt kaufen, wenn ich es brauchte. Aber das musste ich erst lernen. Überhaupt musste man ständig Neues lernen. Mit der Wende wurde alles größer, weiter, aber auch schwieriger. Wenn man etwas erreichen wollte, musste man sich die Informationen selber holen. Das konnte man nicht. Vorher bekam man alles präsentiert.“⁶

Dabei nimmt sie zum einen Bezug zu der wirtschaftlichen Veränderung nach der Wiedervereinigung, die sich durch vielfältigere Angebote auf dem Markt zeigte. Und zum anderen verdeutlicht sie, dass das selbstständige Lernen und Denken für sie als DDR-Bürgerin keine Selbstverständlichkeit war.

Und ich denke, an dieser Stelle kann man erneut Bezug zum politischen Rechtsruck in den neuen Bundesländern und dem Erfolg der AfD nehmen. Diese Partei bietet die im Interview ebenfalls angesprochenen „einfachen Lösungen“ an. Komplexe Themen der Politik werden so relativiert und man verspricht den Bürgern, Verantwortung zu übernehmen und simple Problemlösungen zu präsentieren. Menschen wie Anne-Katrin Scharlach kennen diese politische Strategie noch aus der DDR und sind dieser deswegen möglicherweise von Anfang an offener gegenüber, weil sie ihnen vertraut erscheint und sie sich eine lenkende Hand des Staates zurückwünschen.

Nachdem ich mich jetzt mit den Folgen der Teilung und der Wiedervereinigung Deutschlands in Bezug auf die politische Entwicklung der neuen Bundesländer beschäftigt habe, möchte ich im nächsten Abschnitt einen Blick auf den Angleichsprozess werfen.

Oft genug wird in diesem Themenkomplex von der Arbeitslosenquote gesprochen. In einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit vom Januar 2019 ist der Verlauf der Arbeitslosenquote seit 1980 dokumentiert⁷. Dabei wird zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland differenziert. Auffallend ist dabei, dass die Arbeitslosenquote im Osten

⁶ <https://archiv.berliner-zeitung.de/leben-nach-dem-mauerfall-nicht-arbeitslos--aber-heimatlos-775660> [zuletzt: 20.01.2010]

⁷ <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61718/arbeitslose-und-arbeitslosenquote> [zuletzt: 22.01.2020]

Deutschlands stets höher liegt als im Westen.

Während die Differenz der Arbeitslosenquote zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland um die Jahrtausendwende jedoch noch sehr extrem war, nähert sich der Osten dem westlichen Niveau seit 2009 immer stärker an. Im Jahr 2018 betrug die Arbeitslosenquote in Westdeutschland demnach 4,8%, in Ostdeutschland hingegen 6,9%. An diesem Punkt kann man also von einer deutlichen Annäherung sprechen, auch wenn es noch Unterschiede gibt.

Doch auch andersherum gibt es Fortschritte. Während im Jahr 2007 in Ostdeutschland 41% der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung hatten, waren es im Westen nur 10% der Kinder. Im Jahr 2018 beträgt diese Zahl im Osten 52% und im Westen 30%.⁸ In diesem Fall passt sich das westliche Niveau dem östlichen an.

Betrachtet man Studien, die die alten und neuen Bundesländer 30 Jahre nach dessen Wiedervereinigung miteinander vergleicht, so sollte man ebenfalls einen Blick auf Lohnunterschiede werfen. Diese sind nach wie vor vorhanden und zeigen, dass die neuen Bundesländer gegenüber den alten Bundesländern auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden. Nach einer Datenerhebung der Bundesregierung gibt es für die gleiche Arbeit in den neuen Bundesländern zwischen 20% und 25% weniger Bruttogehalt als in den alten.⁹ Dass diese ungerechte Behandlung zwangsweise zu einem Gefühl der Benachteiligung im Osten Deutschlands führt, ist nicht verwunderlich.

Auffallend in diesem Fall ist, dass diese Statistik auf Anfrage von zwei AfD-Bundestagsabgeordneten entstand. Für mich unterstützt diese Tatsache meine Theorie, dass die Bürger in Ostdeutschland die AfD wählen, weil sie sich von der jetzigen etablierten Bundesregierung im Stich gelassen fühlen und sie das Gefühl haben, die AfD sei die einzige Partei, die sich für sie und ihre Probleme einsetzt.

Betrachtet man die Gründe für diese Lohnunterschiede, kann man sie auf langfristige Folgen der deutschen Teilung und mangelhaftes Engagement seitens der Politik bei der Wiedervereinigung zurückführen.

⁸ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/11/PD19_N008_122.html
[zuletzt: 22.01.2020]

⁹ <https://www.dnn.de/Region/Mitteldeutschland/News/Lohnunterschied-zwischen-Ost-und-West-noch-immer-gravierend> [zuletzt: 23.01.2020]

Dies bestätigt die Autorin Luise Martha Anter des Handelsblattes „Orange“. In ihrem Artikel „Warum du im Osten viel weniger verdienst als im Wesen“¹⁰ führt sie verschiedene Gründe für die Lohndiskrepanz innerhalb Deutschlands auf und nimmt dabei Bezug zu den Ökonomen Jan Kluge und Michael Weber vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

Den Anfang macht dabei die Struktur der regionalen Wirtschaft, welche zeigt, dass im Osten ein Mangel an großen Konzernen herrscht. Betrachtet man die Standorte der 30 deutschen DAX-Unternehmen, liegt keiner davon im Osten Deutschlands.

Daraus entwickeln sich mehrere Folgen. Einerseits bedeutet das, dass es stattdessen viele kleine und mittelständische Unternehmen gibt, welche weniger Lohn zahlen. Und andererseits entsteht so auch kein Druck auf die kleineren Unternehmen, den Lohn zu heben, um weiterhin attraktiv für potenzielle Arbeitnehmer zu sein. Es verändert sich also auch nichts.

Außerdem entscheidend ist, durch wen die sehr gut bezahlten Chefposten einer großen Firma besetzt werden. Diese Positionen werden nämlich vor allem von Westdeutschen übernommen und erklären so zumindest teilweise die großen Lohnunterschiede im deutschlandweiten Vergleich.

Abgesehen davon wird auch die fehlende Tarivergütung überwiegend östlicher Unternehmen als Ursache für niedrigere Löhne genannt.

Abschließend lässt sich also festhalten: Der Osten ist unattraktiv für große Unternehmen, was meiner Ansicht nach auf die Nachwirkungen der wirtschaftlich schlechten Situation der DDR zurückzuführen ist. Daraus ergibt sich, dass den Kommunen in den neuen Bundesländern weniger Steuereinnahmen zur Verfügung stehen, die sie in Infrastruktur investieren könnten, um den Osten wirtschaftlich interessanter zu gestalten.

Um diesem Phänomen entgegenzuwirken, werden die neuen Bundesländer finanziell durch den Bund unterstützt. Zuletzt geschah dies durch den Solidarpakt II. der Bundesregierung, welcher den wirtschaftlichen Aufholprozess der neuen Bundesländer zwischen 2005 und 2019 stärkte.¹¹

Ab 2020 gelten nun zudem neuen Regelungen für die Bund-Länderfinanzbeziehungen,

¹⁰ <https://orange.handelsblatt.com/artikel/47895> [zuletzt: 23.01.2020]

¹¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/solidarpakt-ii-466752> [zuletzt: 23.01.2020]

welche ebenfalls Unterstützungsleistung für leistungsschwache Länder vorsehen. Auf der offiziellen Webseite der Bundesregierung heißt es dazu: „Mit der Neuordnung will die Bundesregierung gleichwertiger [sic!] Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen - ein zentrales Ziel der Bundesregierung. Dabei spielt die Stärkung der Wirtschaftskraft in allen strukturschwachen Regionen eine wichtige Rolle. Ostdeutsche Unternehmen profitieren insbesondere von den gesamtdeutsch ausgerichteten Maßnahmen, die sich im Wesentlichen auf die Förderung von Investitionen, Innovationen und Internationalisierung konzentrieren.“¹²

Abschließend kann man also festhalten, dass es durchaus Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. Es zeigt sich aber auch, dass diese im Fall der wirtschaftlichen Benachteiligung von der Bundesregierung erkannt werden und an einer Verbesserung gearbeitet wird.

¹² ebenda

Resümee

Durch das von mir geführte Interview habe ich einen guten Eindruck darüber gewonnen, wie Frau Günther bestimmte Sachverhalte einschätzt. Zudem war es für mich ein guter Auftakt in das Thema, da ich mich im Vorfeld schon etwas informiert habe, um gut vorbereitet zu sein. Ich schätze das Interview zudem als sehr gelungen ein und kann viele Ansätze gut nachvollziehen. Deswegen habe ich mich in dem darauffolgenden Hauptteil auch mehrmals auf Gesagtes von Frau Günther bezogen und es erläutert, oder ergänzt. In dem Hauptteil sollte der Fokus dann aber nicht nur auf persönlichem Empfinden liegen, sondern vor allem auf Fakten. Besonders die Statistiken empfand ich dabei als sehr hilfreich. Ich habe mich hier darum bemüht, die aktuellsten Studien zu verwenden, um ein möglichst realistisches Abbild zu erschaffen. Abgesehen davon habe ich im Hauptteil Bezug zu der deutschen Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg genommen. Dies beantwortet zwar die Frage nach einer gelungenen oder misslungenen Wiedervereinigung nicht direkt, ist aber meiner Meinung nach unabdingbar, um die Ursachen für beispielsweise die Skepsis gegenüber Politikern im Osten oder auch die wirtschaftlich unattraktive Situation der neuen Bundesländer nachvollziehen zu können.

Bezogen auf die Leitfrage komme ich nun zu folgendem Schluss. Meiner Ansicht nach, kann man nicht von einer völligen Vereinigung sprechen. Zum einen, weil manche Menschen im Osten sich immer noch anders behandelt fühlen und es in ihren Köpfen noch eine Grenze innerhalb Deutschlands gibt und zum anderen, weil die Statistiken immer noch Differenzen aufzeigen. Dennoch kann und muss man auch anerkennen, dass vor allem im Laufe der letzten Jahre Verbesserungen erreicht wurden. Zum Beispiel bezogen auf die östliche Arbeitslosenquote, welche sich langsam dem westlichen Niveau annähert. Zudem arbeitet die Bundesregierung auch 2020 weiterhin an einer Angleichung der Verhältnisse zum Beispiel durch finanzielle Unterstützung. Aufgrund der vorher dargelegten sehr unterschiedlichen Situation in der BRD und der DDR finde ich es nicht ungewöhnlich, dass man noch nicht alle Unterschiede ausräumen konnte.

Problematisch finde ich zudem die politische Entwicklung in den neuen Bundesländern. Auch das Erstarken faschistischer Parteien wie der AfD ist für mich ein Zeichen dafür, dass bis heute keine glückliche Wiedervereinigung erzielt wurde.